

## **Merkblatt über die Zahlung von Altersgeld und Hinterbliebenengeld**

Mit dem vorliegenden Merkblatt möchte Sie das Landesamt für Steuern und Finanzen, Bezügestelle, über die Zahlung von Alters- und Hinterbliebenengeld nach den §§ 92 bis 102 des Sächsischen Beamtenversorgungsgesetzes informieren. Diese Leistungen der Alterssicherung eigener Art wurden neu in das Sächsische Beamtenversorgungsgesetz (SächsBeamtVG) vom 18.12.2013 (SächsGVBl. S. 970, 1045) mit Wirkung vom 01.04.2014 aufgenommen.

Das Alters- und Hinterbliebenengeld umfasst die während des Beamten-/ Richterverhältnisses erdiente Versorgung und eröffnet die Möglichkeit der Mitnahme dieser Ansprüche auf Alterssicherung beim Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis zum Freistaat Sachsen. Das Alters- und Hinterbliebenengeld wird an Stelle der Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung gewährt.

Dieses Merkblatt enthält einen Überblick über die wichtigsten Regelungen. Ansprüche können hieraus nicht hergeleitet werden.

### 1. Wann besteht ein Anspruch auf Altersgeld?

Bisher wurden alle Beamten und Richter, deren Beamten-/Richterverhältnis durch Entlassung beendet wurde und die damit keinen Anspruch auf Ruhegehalt hatten, in der gesetzlichen Rentenversicherung oder einer entsprechenden berufsständischen Versorgungseinrichtung unabhängig vom Entlassungsgrund nachversichert, soweit die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt wurden.

Ab 01.04.2014 haben Beamte und Richter, die nach dem 31.03.2014

- auf eigenen Antrag aus dem Beamten-/Richterverhältnis entlassen werden oder
- mit Ablauf ihrer Amtszeit aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit entlassen sind,
- wenn sie nachzuversichern wären und keine Aufschubgründe vorliegen und
- wenn sie eine altersgeldfähige Dienstzeit von mindestens fünf Jahren zurückgelegt haben,

einen Anspruch auf Altersgeld.

Beamte und Richter, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden auch künftig bei Vorliegen der Voraussetzungen nachversichert. Das sind z. B. Beamte auf Probe, Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst, deren Beamtenverhältnis mit Ablegung der Prüfung endet oder Beamte und Richter, die bei Beendigung des Beamten-/ Richterverhältnisses die Mindestdienstzeit von fünf Jahren nicht erreichen. Das Nachversicherungsverfahren wird weiterhin für Beamte und Richter durchgeführt, die aufgrund einer Disziplinarmaßnahme oder gerichtlichen Verurteilung oder wegen Nichteignung entlassen werden.

Der Altersgeldberechtigte kann innerhalb eines Monats nach Beendigung des Beamten-/ Richterverhältnisses unwiderruflich durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Landesamt für Steuern und Finanzen auf den Anspruch auf Altersgeld verzichten. In diesem Falle erfolgt die Prüfung der Nachversicherung. Ist die Nachversicherung durchgeführt, entfällt der Anspruch auf Altersgeld. Der Altersgeldberechtigte sollte sich daher im Vorhinein eine Auskunft zur Rentenhöhe für die nachzuversichernden Zeiten einholen.

### 2. Wie berechnet sich das Altersgeld?

Die Grundsätze zur Berechnung des Altersgeldes gleichen zum großen Teil denen zur Berechnung des Ruhegehalts. Das Altersgeld beträgt für jedes Jahr der altersgeldfähigen Dienstzeit 1,79375 % der altersgeldfähigen Dienstbezüge, höchstens 71,75 %.

Altersgeldfähige Dienstbezüge sind im Wesentlichen das Grundgehalt und sonstige als ruhegehaltfähig bezeichnete Dienstbezüge. Ausgenommen ist der Familienzuschlag.

Als altersgeldfähige Dienstzeiten werden nur die Dienstzeiten im Beamten-/Richterverhältnis oder vergleichbare Zeiten (§ 7 SächsBeamVG) sowie Wehr- und Zivildienstzeiten (§ 9 SächsBeamVG) berücksichtigt, sofern für diese Zeiten nicht bereits anderweitig unverfallbare, gesicherte Anwartschaften bzw. Ansprüche in Alterssicherungssystemen bzw. auf Altersgeld erworben wurden.

Das so ermittelte Altersgeld kann um Kinder- und Pflegezuschläge entsprechend den §§ 57 und 58 SächsBeamVG erhöht werden.

Das Altersgeld nimmt an den allgemeinen Anpassungen der Versorgungsbezüge teil.

Ein Anspruch auf Beihilfe im Krankheitsfall, familienbezogene Leistungen oder Mindestaltersgeld besteht nicht.

Das folgende Beispiel soll Ihnen die Berechnung des Altersgeldes verdeutlichen:

**Werdegang:**

Studium	5 Jahre
Beamter auf Widerruf (nachversichert)	2 Jahre
Angestelltenzeit im öffentlichen Dienst	7 Jahre
Beamter auf Lebenszeit	15 Jahre

**Berücksichtigungsfähige Zeiten:**

Studienzeiten und Zeiten im Angestelltenverhältnis werden grundsätzlich nicht beim Altersgeld berücksichtigt. Die Zeit als Beamter auf Widerruf wurde nachversichert, daher entfällt ebenfalls die Berücksichtigung.

Zu berücksichtigen ist also nur die Zeit als Beamter auf Lebenszeit mit 15 Jahren.

**Berechnung des Altersgeldes:**

15 Jahre x 1,79375 % = 26,91 %

Der Altersgeldsatz ist auf die altersgeldfähigen Dienstbezüge (z.B. Grundgehalt A8/St.7 – 3.041,43 € (Stand: 10/2019)) anzuwenden.

Das Altersgeld beträgt also (3.041,43 € x 26,91 % =) 818,45 € im Monat.

**3. Wann wird das Altersgeld gezahlt?**

Der Anspruch auf Altersgeld entsteht mit Ablauf des Tages der Entlassung aus dem Beamten-/Richterverhältnis und ruht bis zum Ablauf des Monats, in dem die Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung (SGB VI) erreicht ist.

Es wird auf Antrag gezahlt. Der Antrag ist innerhalb von drei Monaten nach Vollendung des Monats des Erreichens der Regelaltersgrenze nach § 35 SGB VI (Ende des Ruhens des Altersgeldanspruches) zu stellen. Bei späterer Beantragung wird das Altersgeld ab dem Antragsmonat gezahlt.

Auf Antrag kann das Altersgeld vorzeitig gezahlt werden, wenn

- das 63. Lebensjahr vollendet ist oder
- eine Schwerbehinderung im Sinne des § 2 Abs. 2 SGB IX vorliegt und entweder das 62. Lebensjahr vollendet ist oder das Geburtsdatum vor dem 1. Januar 1964 liegt und die nach § 236a Abs. 2 SGB VI (Übergangsregelung zur Anhebung der Altersgrenzen) jeweils

geltende Altersgrenze für die vorzeitige Inanspruchnahme der Altersrente für schwerbehinderte Menschen erreicht ist oder

- volle Erwerbsminderung nach § 43 Abs. 2 S. 2, 3 SGB VI seit sechs Monaten vorliegt oder
- teilweise Erwerbsminderung nach § 43 Abs. 1 S. 2 SGB VI seit sechs Monaten vorliegt oder
- Berufsunfähigkeit nach § 240 Abs. 2 SGB VI, für vor 02.01.1961 geborene Altersgeldberechtigte, seit sechs Monaten besteht.

Die Feststellung, ob eine Erwerbsminderung oder Berufsunfähigkeit seit sechs Monaten vorliegt, trifft der Träger der gesetzlichen Rentenversicherung. Sofern diese Feststellung fehlt, wird die Entscheidung vom Amtsarzt getroffen.

Bei Erwerbsminderung und Berufsunfähigkeit erfolgt in der Regel eine befristete Bewilligung des Altersgeldes, eine befristete Verlängerung ist möglich.

In diesen Fällen kann auf Antrag des Altersgeldberechtigten ein erhöhtes Altersgeld gewährt werden, sofern das Altersgeld einschließlich Versorgungsleistungen aus anderen Alterssicherungssystemen hinter dem Rentenanspruch, der sich im Fall einer Nachversicherung der versicherungsfreien und altersgeldfähigen Zeiten ergibt, zurückbleibt.

Wird das Altersgeld aufgrund teilweiser Erwerbsminderung oder wegen Berufsunfähigkeit vorzeitig gezahlt, vermindert es sich um die Hälfte und zwar so lange bis einer der anderen Gründe (Vollendung 63. Lebensjahr, Schwerbehinderung, volle Erwerbsminderung) für die vorzeitige Zahlung des Altersgeldes nach § 94 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 SächsBeamtVG vorliegt. Das Vorliegen eines anderen Grundes nach § 94 Abs. 2 SächsBeamtVG ist durch Antrag des Altersgeldberechtigten anzuzeigen.

Bei vorzeitigem Bezug des Altersgeldes sind Abschläge hinzunehmen.

Das Altersgeld vermindert sich in der Regel um 3,6 % für jedes Jahr des vorzeitigen Zahlungsbegins. Bei Erwerbsminderung oder Berufsunfähigkeit darf die Verminderung 10,8 % nicht überschreiten.

Sollte bei Ihnen in absehbarer Zeit eine vorzeitige Zahlung des Altersgeldes in Frage kommen, informieren Sie sich dazu bitte bei Ihrer Altersgeldstelle (siehe Punkt 7).

#### 4. Werden andere Einkünfte oder Leistungen auf das Altersgeld angerechnet?

Wird das Altersgeld vorzeitig wegen einer Schwerbehinderung, einer teilweisen/vollen Erwerbsminderung oder Berufsunfähigkeit gezahlt, wirkt sich ein Bezug von Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommen mindernd auf das Altersgeld aus (Anwendung des § 72 SächsBeamtVG).

Werden neben dem Altersgeld andere beamtenrechtliche Versorgungsbezüge oder Versorgungsleistungen gezahlt, kann es zu einem Ruhen einer dieser Leistungen kommen (Anwendung des § 73 Abs. 7 SächsBeamtVG).

Führen Wehr- und Zivildienstzeiten auch in anderen Versorgungssystemen zu unverfallbaren, gesicherten Ansprüchen, ruht das Alters- oder Hinterbliebenengeld in Höhe dieser Ansprüche.

Eine Anrechnung von Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, Zusatzrenten für den öffentlichen Dienst, Renten für Landwirte, Betriebsrenten, Unfallrenten oder berufsständischen Versorgungsleistungen auf das Altersgeld entsprechend § 74 SächsBeamtVG findet nicht statt.

Umfassende Auskünfte kann die Altersgeld- und Versorgungsstelle erteilen.

## 5. Wie werden die Hinterbliebenen im Todesfall versorgt?

Hinterbliebene einer oder eines Altersgeldberechtigten haben Anspruch auf Hinterbliebenengeld.

Das Hinterbliebenengeld umfasst folgende Leistungsarten:

- Witwen- und Witwergeld,
- Witwen- und Witwerabfindung,
- Waisengeld,

Ein Sterbegeld wird nicht gezahlt. Unterhaltsbeiträge sind nicht vom Hinterbliebenenaltersgeld umfasst. Ein Anspruch auf Mindestwitwen-/ Mindestwaisengeld besteht nicht.

Das Witwen- und Witwergeld beträgt 55 Prozent, das Waisengeld für Vollwaisen 20 Prozent und für Halbwaisen 12 Prozent des Altersgeldes, das dem Altersgeldberechtigten gezahlt worden ist oder ihm nach Erreichen der Regelaltersgrenze gezahlt worden wäre.

Das Witwen- und Witwergeld kann in entsprechender Anwendung des § 60 SächsBeamtVG um den Kinderzuschlag erhöht werden.

Auch auf Witwen-, Witwer- und Waisengelder werden bestimmte Kürzungsbestimmungen und Ruhensvorschriften angewandt, besonders wenn daneben weitere Einkünfte erzielt werden.

Das Hinterbliebenengeld wird auf Antrag gezahlt, sofern der verstorbene Anspruchsinhaber noch kein Altersgeld bezogen hat.

## 6. Ist das Altersgeld eine Fürsorgeleistung des Freistaates Sachsen?

Bei der Zahlung des Altersgeldes und Hinterbliebenengeldes handelt es sich nicht um Alimentation aufgrund der Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Deshalb besteht z.B. kein Anspruch auf Beihilfe im Krankheitsfall, familienbezogene Leistungen, Mindestaltersgeld oder Sterbegeld.

Auf das Alters- und Hinterbliebenenaltersgeld sind viele Vorschriften aus dem SächsBeamtVG anzuwenden, wie z. B. die Vorschriften über die Kürzung wegen Versorgungsausgleich, über die anteilmäßige Kürzung, über die Rückforderung von überzahlten Beträgen, Mitteilungspflichten und vieles mehr.

## 7. Wo erhalte ich Auskünfte?

Auskünfte zur Berechnung und zur Höhe des Altersgeldes erhalten anspruchsberechtigte Beamte und Richter des Freistaates Sachsen beim Landesamt für Steuern und Finanzen, Bezügestelle Dresden, Referat Versorgung, unter der Postanschrift Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden und unter der Besucheradresse Holbeinstraße 2, (Zugang über Marschnerstraße 37) 01307 Dresden.

Es steht ein Antragsvordruck für die Altersgeldauskunft im Internet zu Verfügung. Dieser kann Ihnen auch über Ihre personalverwaltende Stelle ausgehändigt werden. Die Auskunft über die Höhe des Altersgeldes wird nur bei konkreten Entlassungsabsichten erstellt. Dafür ist Ihre Zustimmung zur Einsichtnahme in Ihre Personalakte erforderlich. Bei unverfallbaren, gesicherten Anwartschaften oder Ansprüchen in anderen Alterssicherungssystemen ist die Beigabe eines vollständigen, aktuellen Versicherungsverlaufs zwingend erforderlich.

Neben der Altersgeldauskunft können Sie eine Auskunft zum Nachversicherungszeitraum und den daraus resultierenden beitragspflichtigen Einnahmen erhalten. Mit dieser Auskunft kann beim Rentenversicherungsträger eine individuelle Rentenauskunft beantragt werden. Die Rentenversicherungsträger werden in diesem Fall das Versicherungskonto vollständig klären und die Rentenauskunft auf der Grundlage der Nachversicherungszeiten und ggf. wei-

terer Versicherungszeiten erteilen. Dieses könnte unter Umständen eine längere Zeit in Anspruch nehmen. Bitte beachten Sie dies hinsichtlich der Monatsfrist für den Verzicht auf Altersgeld (siehe Punkt 1).

## 8. Beispielsrechnung

Das folgende Beispiel eines Bediensteten der Besoldungsgruppe A 12, Erfahrungsstufe 10 stellt vereinfacht den Anspruch auf Altersgeld dem Rentenbetrag, der sich durch eine Nachversicherung ergäbe, gegenüber und kann Ihnen eventuell als Entscheidungshilfe dienen.

Vorab-Hinweis: Die nachfolgend angegebenen Beträge des Altersgeldes und der Altersrente würden sich bis zur Zahlung an den ausscheidenden Beamten nach den jeweiligen Anpassungssätzen erhöhen.

### 8.1 Altersgeld

Altersgeldfähige Dienstzeiten	vom	bis	Jahre	Tage
Beamter auf Widerruf	01.09.2005	31.08.2008	3	
Beamter, vollbeschäftigt	01.09.2008	31.05.2011	2	273
Beamter mit Teilzeit 30/40 Std.	01.06.2011	31.12.2013	1	343
Beamter, beurlaubt ohne Dienstbezüge im dienstl. Interesse (mit Gewährleistungsbescheid)	01.01.2014	30.04.2015	1	120
Beamter, vollbeschäftigt	01.05.2015	31.05.2019	4	31
Altersgeldfähige Dienstjahre			13,10	
Altersgeldsatz (13,10 x 1,79375)			23,50 %	

Die altersgeldfähigen Dienstbezüge berechnen sich aus der BesGr. A 12, Stufe 10. Das Altersgeld beträgt somit  $4.700,83 \text{ €} \times 23,50 \% = 1.104,70 \text{ €}$  (Stand 10/2019) monatlich.

### 8.2 Altersrente der Deutschen Rentenversicherung

Der Rentenbetrag, der sich auf der Basis der Nachversicherungsentgelte des Beamten ergibt, würde sich – unter der Annahme eines gleichbleibenden monatlichen Entgelts von 4.700,83 € - stark vereinfacht wie folgt berechnen:

Der nachzuversichernde Bruttoverdienst bis zur Beitragsberechnungsgrenze wird für jedes Jahr dem Durchschnittsentgelt aller Versicherten gegenübergestellt. Aus diesem Verhältnis ergeben sich die Entgeltpunkte, die der Rentenberechnung zugrunde gelegt werden. Die Entgeltpunkte für die Zeit vom 01.09.2005 bis 31.05.2019 würden im oben dargestellten Beispiel insgesamt 24,1905 betragen.

Der Rentenbetrag ergibt sich aus der Multiplikation der Entgeltpunkte mit dem aktuellen Rentenwert (Ost) in Höhe von 31,89 € (Stand 10/2019). Die Altersrente, die mit Erreichen der Regelaltersgrenze für den o. g. Zeitraum zu zahlen wäre, würde somit 771,44 € betragen.

#### Hinweis:

Die dargestellte Beispielrechnung dient ausschließlich dem Vergleich und ist kein geeigneter Ersatz für eine rentenrechtliche Beratung. Eine solche Beratung kann und darf die Bezügestelle nicht erbringen.

**Datenschutzhinweis gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung**

Ihre Daten werden vom Landesamt für Steuern und Finanzen in Erfüllung seiner Aufgaben gemäß den geltenden Bestimmungen zum Datenschutz verarbeitet. Weitere Informationen zu den einzelnen Aufgaben sowie über die Verarbeitung der Daten und der Rechte bei der Verarbeitung der Daten, die sich aus der Datenschutz-Grundverordnung ergeben, können Sie im Internet unter <http://www.lsf.sachsen.de/Datenschutz.html> (z. B. Bereich Bezüge) abrufen. Die/ den behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n des Landesamtes für Steuern und Finanzen erreichen Sie unter: Landesamt für Steuern und Finanzen, Behördliche/r Datenschutzbeauftragte/r, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, E-Mail-Adresse: [Datenschutz@lsf.smf.sachsen.de](mailto:Datenschutz@lsf.smf.sachsen.de)

Mit freundlichen Grüßen  
Landesamt für Steuern und Finanzen  
[www.lsf.sachsen.de](http://www.lsf.sachsen.de)